



Politradar Wasser 42 Periode Juni 2024 bis Ende Nov 2024;
aufgeschaltet auf dem [Eawag-Infoportal > Politisches](#) am 9. Dezember 2024

[Newsletter abonnieren](#)

Volksabstimmungen

25.6. (Nachtrag): Das Initiativkomitee hat entschieden, die Unterschriftensammlung zur Initiative [«Jede einheimische und erneuerbare Kilowattstunde zählt!»](#) abzubrechen.

22.9. Die [Biodiversitätsinitiative](#) wird mit 63% Nein-Anteil abgelehnt. [Bundesrat und Parlament haben ein Nein empfohlen zur Biodiversitätsinitiative](#). Umweltminister Albert Rösli: «Die Initiative enthält neue Vorschriften, die eine Güterabwägung zwischen Schutz und Nutzen massiv erschweren.»

Bundesrat

6.6. Nachtrag Sommersession: Das Parlament einigt sich über die Legislaturziele 2023-2027 für den Bundesrat. Darin enthalten ist ein Antrag zur Verabschiedung einer nationalen Strategie Wassermanagement als Massnahme 127 zum Ziel 25 ([Anpassung an den Klimawandel, insbesondere zum Schutz der Bevölkerung und von kritischen Infrastrukturen](#)). Am 13.8. bezieht sich die UREK-N auf diesen Auftrag und lehnt die pa.IV. [23.447](#) ab, welche dem Bund die Kompetenz einräumen will, Massnahmen zur Wasserknappheit zu treffen. Am 26.9. entscheidet auch der NR, der Initiative keine Folge zu geben. Sie ist damit vom Tisch.

28.8. [Der Bundesrat klärt seine Haltung zum EGMR-Urteil vom 9.4.2024 über den Klimaschutz \("KlimaSeniorinnen"\)](#): Er bekennt sich zur Mitgliedschaft der Schweiz im Europarat und zum System der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Wie National- und Ständerat würdigt er jedoch die Auslegung der EMRK bezogen auf den Klimaschutz kritisch. Weiter ist er der Auffassung, dass die Schweiz die klimapolitischen Anforderungen des Urteils erfüllt.

13.11. Der Bundesrat beschliesst, dass die [Gesetzesänderungen zur Stärkung der Schweizer Kreislaufwirtschaft mehrheitlich ab Januar 2025 in Kraft](#) treten. Noch nicht in Kraft ist die Grundlage für einheitliche Litteringbussen in der ganzen Schweiz.

27.11. Unter anderem im Zusammenhang mit erhöhten PFAS-Werten in Böden und im Fleisch von Weidevieh (u.a. Kanton SG) sind mehrere Anfragen zu PFAS eingereicht worden, welche vom Bundesrat am 20. und 27. 11. beantwortet wurden. Interpellation [24.4142](#) Balthasar Glättli (Grüne/ZH): «Werden die Mengen an PFAS, die durch Pestizide in die Umwelt geraten, systematisch unterschätzt? Schaffen wir Ordnung im Zahlensalat!» // Interpellation [24.4211](#) Susanne Vincenz-Stauffacher (fdp/SG) «Grundlagen für eine zielgerichtete Regulierung bezüglich PFAS». // Interpellation [24.4197](#) von Brigitte Crottaz (SP/VD) «Weit verbreitete Bioakkumulation von PFAS erfordert die Anwendung des Vorsorgeprinzips und die Einrichtung eines Systems zum Human Biomonitoring». // Interpellation [24.4137](#) von Florence Brenzikofer (Grüne/BL) «PFAS. Handelt der Bund?» // Interpellation [24.3915](#) von Martina Munz (SP/SH) «Trifluoressigsäure TFA ist

reproduktionstoxisch, es verursacht Missbildung bei Kaninchen. Wird TFA in der Schweiz in Pflanzenschutzmitteln verboten?».

Am 6.12. eröffnet der Bundesrat die [Vernehmlassung zu diversen umweltrelevanten Erlassen](#). U.a. soll die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) angepasst werden. Die Regelungen der EU zu per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) und zu Mikroplastik sollen dabei übernommen werden. In der Abfallverordnung (VVEA) wird die Phosphor-Rückgewinnung aus Klärschlamm sowie aus Tier- und Knochenmehl präzisiert. So soll der Phosphor aus Klärschlamm ab 2026 teilweise, jener aus Tier- und Knochenmehl weiter vollständig rückgewonnen werden. Die Vernehmlassungen dauern bis zum 20. März 2025.

Parlament (NR=Nationalrat, SR=Ständerat)

9.9. Nach dem NR empfiehlt auch der SR ein Nein zur im Februar 2023 eingereichten [Umweltverantwortungsinitiative \(24.021\)](#). Bei Annahme der Initiative müsste die Schweiz ihre durch den inländischen Konsum verursachte Umweltbelastung innerhalb von zehn Jahren so reduzieren, dass die Belastbarkeitsgrenzen des Planeten eingehalten werden. Das gilt namentlich in den Bereichen Klimaveränderung, Biodiversitätsverlust, Wasserverbrauch, Bodennutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag. Die Abstimmung findet am 9.2.2025 statt.

11.9. Die Motion "Steuerliche Anreize für den Schutz der Biodiversität. Naturnahe Gestaltung fördern und Vielfalt stärken" von Heidi Z'graggen (Mitte/UR) [24.3614](#) wird vom SR zur Vorprüfung an die Umwelt-Kommission zugewiesen.

19.9. Der Nationalrat weist den Entwurf zur [Änderung des Geoinformationsgesetzes \(23.060\)](#) an den Bundesrat zurück. Mit dieser Änderung sollte eine Rechtsgrundlage für eine bessere Planung der Untergrundnutzung geschaffen werden. Der Entwurf sieht vor, die Inhaberinnen und Inhaber geologischer und hydrogeologischer Daten zu verpflichten, diese Daten den Kantonen und dem Bund zur Verfügung zu stellen, wenn sie für die Erfüllung der Kantons- und Bundesaufgaben erforderlich sind. Die Begründung: Die Kantone würden schon über Rechtsgrundlage sowie über praktische Erfahrung bei der Übermittlung geologischer Daten verfügen und eine Intervention des Bundes sei in diesem Bereich kaum gerechtfertigt.

23.9. Der Nationalrat stimmt den vom Bundesrat vorgelegten Verpflichtungskrediten im Umweltbereich [23.081](#) zu: 481 Millionen Franken für den Hochwasserschutz, 146 Millionen Franken für die Revitalisierung, 450 Millionen Franken für die Abwasserreinigungsanlagen und 8 Millionen Franken für die Restwassersanierung. Die Anträge auf Erhöhung der Mittel für die Revitalisierung von Gewässern wurden im Nationalrat, wie bereits im Ständerat, deutlich abgelehnt. Gegenüber dem Finanzplan bedeutet das eine Kürzung im Bereich Revitalisierungen und Naturschutz von rund 275 Mio. CHF (siehe dazu auch [Beschluss UREK-N](#) vom 13.8.).

23.9. Der Nationalrat stimmt der pa.IV. Bregy ([19.409](#)) zu: Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht. Damit sind Verbandsbeschwerden gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz für Wohnbau-Projekte grundsätzlich nicht mehr möglich, wenn die Geschossfläche unter 400 Quadratmeter beträgt und das Projekt in einer Bauzone liegt. Eine zuerst eingefügte Ausnahme, Beschwerden bei Bauten im Gewässerraum zuzulassen, wurde gestrichen.

24.9. Standesinitiative (Wallis): Beschleunigte Verfahren zur Erreichung der Energiewende ([22.312](#)). Der NR folgt dem Antrag der UREK-N und gibt der Initiative keine Folge.

26.9. Der NR will den Hochwasserschutz am Abschnitt des Rheins entlang der Grenze zu Österreich verbessern, [24.044](#) und bewilligt drei Erlasse (Staatsvertrag mit Österreich, Verpflichtungskredit, Alpenrheingesez) für Ausbauten zwischen der Illmündung und dem Bodensee. Am 11.10. nimmt auch die UREK-S alle drei Entwürfe an. Siehe dazu auch Projekt [Rhesi](#).

Kantone (Auswahl)

17.7. Die Kommission für Hochwasserschutz, Wasserbau und Gewässerpflege des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes (KOHS) nimmt Stellung [zum Entscheid der Walliser Regierung betreffend 3. Rhonekorrektur](#). Die kommunizierten Sachverhalte und Schlussfolgerungen seien fachlich unvollständig und nicht differenziert. Sie führen laut KOHS die Öffentlichkeit in die Irre. Allgemein sollten Projekte mit einer Laufzeit von mehreren Jahrzehnten periodisch überprüft werden.

30.7. Gemäss einem Vorstoss der Grünen soll Solothurner [Brunnenwasser nicht mehr in die Kanalisation](#) geleitet werden

5.8. Zentralschweizer Kantone führen wegen Quaggamuscheln eine [Reinigungspflicht für Boote](#) ein.

6.8. (schon am 4.7. im Kantonsrat ZG): [Zug will den Zugersee künstlich belüften](#)

19.8. [Der Kantonsrat ZH lehnt eine grosse, schwimmende Solaranlage auf dem Zürichsee ab](#) (Vorstoss der EVP).

24.9. In mehreren Kantonen, insbesondere SG und AR, werden [zu hohe PFAS-Werte in Böden](#) gefunden (Ursache ist ausgebrachter Klärschlamm). Das löst Vorstösse aus (siehe «Bundesrat»).

Weiteres

9.7. Das Projekt [«Lanat-3»](#), das unter anderem von Forschenden der Eawag geleitet wird, setzt Prioritäten für den Schutz der Artenvielfalt und [erweitert den Fokus](#). Die knappen Ressourcen werden möglichst effizient eingesetzt – dort, wo der Handlungsbedarf am grössten ist. Dabei helfen auch KI-gestützte Modelle.

9.7. Mit dem «Aktionsplan Pflanzenschutzmittel» setzte der Bundesrat 2017 Ziele, um die Risiken durch Pestizide in den Gewässern zu reduzieren, und zog am 8. Mai 2024 eine [positive erste Bilanz](#). Eine in Aqua & Gas publizierte [Studie](#) der VSA-Plattform Wasserqualität und der Eawag zeigt nun: Die Anzahl der Grenzwertüberschreitungen hat seit 2019 zwar deutlich abgenommen. Trotzdem sind immer noch unverändert viele Kilometer Fluss- und Bachläufe belastet. Ein besonders grosses Risiko für die Gewässer stellen die Pyrethroide dar.

26.7. Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR): Bericht zur Entwicklung der Abflüsse des Rheins unter dem Einfluss des Klimawandels: [Häufigkeit und Intensität der hydrologischen Extreme werden weiter und schneller als vor zehn Jahren angenommen zunehmen](#). Es besteht ein dringender Bedarf für Anpassungsmassnahmen.

4.9.: Die EFK präsentiert ihren [Bericht zu den ökologischen Sanierungen Wasserkraft](#). Die Prüfung der finanziellen Aspekte der Sanierung ergab, dass das BAFU die Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Massnahmen verstärken muss.

18.9. Der im Zusammenhang mit den Pestizid-Initiativen gegründete Zusammenschluss von Wasser-Expertinnen und -Experten [4aqua will wieder aktiv werden](#), auch auf der politischen Bühne.

25.9. Das BAFU stellt den [Bericht zum Stand \(2022\) der «Sanierung Wasserkraft»](#) vor. Von rund 1000 gemeldeten Projekten sind erst 10% umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung. Die Begründung im Bericht: «Die Planung der Massnahmen sowie der Wissens- und Kompetenzaufbau nahmen bis 2022 viel Zeit in Anspruch. Ebenfalls mussten für Fragestellungen in allen drei Sanierungsbereichen, zu denen bisher keine etablierten Lösungen existiert hatten, neue Methoden und Ansätze entwickelt werden.»

EU / Ausland

4.7. Deutsches Umweltbundesamt (UBA): [Niederschlagswasser soll mit Blick auf Schwammstadt im gesetzlichen Rahmen als Ressource anstatt Abwasser anerkannt und behandelt werden](#).

11.7. Eine vom europäischen Wasserverband EurEau vorgestellte Studie fordert das [Verbot von PFAS-Pestiziden und fluorierten Gasen](#). Es handle sich um zwei der Hauptquellen von TFA (Trifluoressigsäure). TFA wurde laut der von der österreichischen Umweltorganisation Global 2000 und dem European Pesticide Action Network (PAN) erarbeiteten Studie „TFA - The Forever Chemical in the Water We Drink“ in fast allen der 36 untersuchten Trinkwasser- und den meisten der 17 Mineralwasserproben gefunden.

24.7. Eine Studie des Deutschen Umweltbundesamts UBA bestätigt, dass die künstlichen [Süsstoffe Acesulfam-K und Sucralose für Gewässer und Trinkwasser relevant](#) seien und als Spurenstoffe berücksichtigt werden sollten. In Gewässern und Trinkwasser bestätigt

13.8. [Die EU-Kommission fordert Österreich, die Niederlande und Slowenien zur Einhaltung der WRRL auf](#). Es geht v.a. um die Erteilung von unbefristeten Genehmigungen zur Wasserentnahme. An Belgien und Frankreich gehen Rügen wegen Nichteinhaltung der Nitratrichtlinie, an Griechenland wegen der Abwasserrichtlinie.

20.9. [EU: Projekt SpongeWorks soll Wasserrückhalt auf Landschaftsebene verbessern](#). Naturbasierte Lösungen, die die Schwamm-Funktion von Landschaften verbessern, entwickeln sich zunehmend zu einem nachhaltigen Ansatz, um die Klimaresilienz und Biodiversität zu erhöhen. Die EU fördert das von der Leibniz Universität Hannover koordinierte Projekt mit 15 Mio. Euro.

2.10. Deutschland präsentiert den ersten Entwurf für eine [„Anpassungsstrategie an den Klimawandel 2024“](#): Darin heisst es u.a.: Die Wasserinfrastrukturen sind so zu gestalten, dass sie mit möglichst geringem Aufwand an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst werden können (möglichst naturbasierte Lösungen). Dazu passt auch der am 23.10. vom Umweltbundesamt (UBA) vorgestellte [Bericht „Auswirkung des Klimawandels auf die Wasserverfügbarkeit - Anpassung an Trockenheit und Dürre in Deutschland“ \(WADKlim\)](#), der die [Bedeutung des Wasserrückhalts in der Fläche](#) betont.

7.10. Die Weltwetter-Organisation WMO stellt ihren [Bericht](#) vor: [State of Global Water Resources 2023](#). Im Jahr 2023 haben die Flüsse insgesamt so wenig Wasser geführt wie seit mehr als 30 Jahren nicht mehr. In jedem der vergangenen fünf Jahre hätten die Pegelstände zusammengenommen

deutlich unter dem langjährigen Mittel gelegen. Ursache sei der Klimawandel, so die WMO, verschärft durch das alle paar Jahre natürlich auftretende Wetterphänomen El Niño, das weltweit die Niederschläge beeinflusst. 2023 war das heisseste Jahr seit Beginn der Industrialisierung und die Gletscher verloren so viel Eis wie nie zuvor in mindestens 50 Jahren.

15.10. Die Europäische Umweltagentur (EUA) stellt ihre Bewertung der Gewässer Europas vor. Sie hält fest: [Verschmutzung, Klimawandel und Übernutzung bedrohen die Resilienz der Wasserversorgung in Europa](#). Im Rahmen der EU-Vorschriften können die Ziele zur Verbesserung des Gewässerzustandes voraussichtlich nicht erreicht werden. Siehe dazu auch Artikel in [Aqua & Gas](#) vom 21.10.

17.10. Die Arbeitsgemeinschaft Wasser LAWA veröffentlicht einen [Bericht zum Grundwasser in Deutschland](#): Die Belastung mit Pestiziden ging in den vergangenen drei Jahrzehnten zurück - deutlich häufiger tauchen jedoch Metaboliten auf.

22.10. Die Globale Kommission für die Ökonomie des Wassers (GCEW) stellt ihren Report vor: [The Economics of Water](#). Siehe dazu auch: [Wasserkrise gefährdet bis 2050 mehr als die Hälfte der Nahrungsmittelproduktion \(Euwid\)](#).

5.11. [Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Abwasser-Richtlinie \(KARL\)](#). Neu wird die Grenze für eine kommunale ARA schon bei 1000 EW (statt bisher 2000 Gleichwerte) gesetzt und bis 2029 müssen alle ARA mit über 150'000 EW-Gleichwerten eine Stufe zur Entfernung von Stickstoff und Phosphor haben, ab 2045 auch zur Entfernung von Mikroverunreinigungen. Neu eingeführt wird auch die Pflicht für grössere ARA, Energie zu nutzen, die auf der eigenen Anlage anfällt.

Ausblick

In der aktuell laufenden Wintersession werden das Budget 2025 und die Verpflichtungskredite beraten ([24.041](#)). In den Sparvorhaben enthalten sind u.a. im UVEK-Budget die Mittel für Hochwasserschutz (A236.0124), Revitalisierungen (A236.0126), Natur und Landschaft (A236.0123), Abwasserreinigungsanlagen (A236.0102) und Wasser / Gewässerschutz (A231.0326). Bei den meisten Positionen sieht der Bundesrat einen Rückgang oder eine Stagnation der Mittel vor.

Für die Wintersession traktandiert sind auch die Beratung des Beschleunigungserlasses (Energiegesetz, [23.051](#)) und Standesinitiative [23.318](#), mit welcher der Kanton SG das Verbandsbeschwerderecht bei Energieprojekten beschränken will.

Noch ausstehend sind die Diskussionen um die Fristen für die Umsetzung der Massnahmen des planerischen Grundwasserschutzes (Motion [22.3873](#)) sowie «Klärung und Stärkung der Aufsichtsinstrumente und Interventionsmöglichkeiten des Bundes im Bereich des Grundwasserschutzes (Motion [22.3874](#)). Beide Vorstösse wurden schon in der Wintersession 2022 vom Nationalrat angenommen.

Die WAK-N hat unter dem Titel «Modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen» Massnahmen zur beschleunigten Zulassung von Pflanzenschutzmitteln vom 9.9. bis zum 9.12. in Vernehmlassung geschickt. Palv [22.441](#). Die gemeinsame Stellungnahme von Eawag und Oekotoxzentrum kann hier abgerufen werden: <https://www.eawag.ch/de/info/portal/politisches/>